

# SCHATTENMIETEN IN BERLIN: TAUSENDEN MIETERN DROHT BÖSES ERWACHEN

Pressemitteilung Udo Hemmelgarn, Baupolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

17. August 2020

Nach einer Untersuchung des Hamburger Forschungsinstituts F + B werden in Berlin zunehmend Schattenmieten vereinbart, um die Folgen des Mietendeckels zu umgehen.

Udo Hemmelgarn, AfD-Bundestagsabgeordneter und Obmann des Arbeitskreises Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen erklärte dazu:

*„Am Mietendeckel kann man schon jetzt erkennen, welchen Schaden diese pseudo-sozialistische Chaoswirtschaft anrichtet.*

*- Udo Hemmelgarn, MdB*

„Berlin fungiert unter dem rot-rot-grünen Senat praktisch als Zukunftslabor für die angestrebte Umgestaltung der Gesellschaft. Am Mietendeckel kann man schon jetzt erkennen, welchen Schaden diese pseudosozialistische Chaoswirtschaft anrichtet.

Neben der geringeren Miete, die durch den Mietendeckel vorgegeben wird, vereinbaren die Mietvertragsparteien eine höhere Schattenmiete, die gelten soll, wenn sich der Mietendeckel als verfassungswidrig und damit unwirksam erweist.

Tausende Berliner Mieter sind damit dem Risiko erheblicher Rückforderungen ausgesetzt. Daneben tritt die Gefahr einer außerordentlichen Kündigung, wenn die Mieter die rückständigen Mieten nicht unverzüglich ausgleichen können.

Während sich die zurückgetretene Bausenatorin und Erfinderin des Mietendeckels, Frau Lompscher, an ihrer Übergangsvorsorge erfreut und Michael Müller sich anschickt, als Bundesbauminister das Berliner Modell auf ganz Deutschland zu übertragen, werden tausende Berliner mit den Risiken des Mietendeckels allein gelassen. Der Berliner Senat muss dieses Experiment zu Lasten der Berliner Mieter und Vermieter sofort beenden. Für die Bundespolitik müssen die Berliner Verhältnisse ein abschreckendes Beispiel sein. Ein derartiges Desaster darf sich deutschlandweit nicht wiederholen.“



- **Schattenmieten sollen Vermieter vor Verlusten durch den Mietendeckel schützen**
- **Tausende Berliner Mieter sind damit dem Risiko erheblicher Rückforderungen ausgesetzt**